



Das WZB in den Medien Nr. 36/2021

22. März 2021

Printmedien

„Grüne nicht in der Fläche verankert“

Interview mit Wolfgang Schroeder in: Frankfurter Rundschau, 22. März 2021

„Mehr Klimaschutz, mehr Investitionen und ein ‚Sicherheitstempo‘“

Wolfgang Schroeder zitiert in: Neue Zürcher Zeitung, 20. März 2021

„Die populistische Versuchung“

Michael Zürn zitiert in: die tageszeitung, 20. März 2021

Online-Medien

[„Grünes Wahlprogramm: Bitte an die Mitte“](#)

Wolfgang Schroeder zitiert in: euractive.de, 21. März 2021

[„Mathe, nur was für Männer?‘ - stimmt nicht!“](#)

Heike Solga und Lisa Pfahl erwähnt in: bocquel-news.de, 19. März 2021

[„Die Grenzen des fossilen Automobilität sind erreicht“](#)

Andreas Knie zitiert in: kfz-betrieb, 19. März 2021

[„Fridays for Future‘ und die Kipp-Punkte der Demokratie“](#)

Das WZB erwähnt in: MDR, 19. März 2021

[„Blick auf Berlins Straßen zeigt: Die Ära des Verbrennungsmotors ist nicht vorbei“](#)

Andreas Knie zitiert in: Berliner Zeitung, 18. März 2021

[„Die Grünen werden unter Druck gesetzt“](#)

Interview mit Wolfgang Schroeder in: Frankfurter Allgemeine, 18. März 2021

[„Why university rankings must include academic freedom“](#)

Beitrag von Ilyas Saliba in: University World News, 11. März 2021

Hörfunk/Fernsehen

[„Haben panische Angst, dem Auto etwas Raum zu nehmen“](#)

Interview mit Andreas Knie in: ntv, 18. März 2021

Seite: D2
 Ressort: Hessen
 Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
 Auflage: 16.049 (gedruckt)¹ 15.413 (verkauft)¹
 16.438 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,077 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 01/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

„Grüne nicht in der Fläche verankert“

Der Politologe **Wolfgang Schroeder** sieht Öko-Partei nicht als Volkspartei – und die Union als Wahlsiegerin in Hessen

Haben die Grünen wirklich die Kommunalwahlen in Hessen gewonnen, wie es die Reaktionen nahelegen? Sind die Grünen jetzt eine neue Volkspartei? Der Kasseler Politikprofessor Wolfgang Schroeder, der seit vielen Jahren die hessische Politik erforscht, kommt bei diesen Themen zu interessanten Erkenntnissen.

Herr Professor Schroeder, wer hat aus Ihrer Sicht die hessischen Kommunalwahlen gewonnen?

Schaut man auf die großen Städte, sind das auf jeden Fall die Grünen. Wenn man auf das Ganze schaut, kann man aber durchaus die Union als Wahlsiegerin bezeichnen. Sie hatte Gegenwind aus Berlin, es gab Unzufriedenheit mit der Bewältigung der Corona-Krise und sie hat in den größeren Städten verloren. Da ist es schon überraschend, dass sie mit rund 28 Prozent ihre relative Vormachtstellung in Hessen behaupten konnte.

Woran hat das gelegen?

Neben der SPD ist sie die einzige Partei, die in fast allen Gemeinden des Landes präsent ist. Nicht zuletzt hat sie von der starken Zunahme der Briefwahl profitiert. Die Empörung über die Bereicherung der Bundestagsabgeordneten ist bei einem größeren Teil dieser Wähler nicht mehr angekommen, weil viele Briefwahlstimmen schon früh abgegeben werden konnten. Insofern ist die Union der Profiteur der zurückliegenden Etappen der Corona-Krise, die indirekt ihre Position konservierte.

Die Grünen haben mächtig zugelegt und sind trotzdem nicht wie erhofft auf Platz zwei gekommen. Was sagt Ihnen das?

In den universitären Städten von Gießen bis Frankfurt haben sie ein Heimspiel, was auch mit dem allgemeinen Klima-Hype zu tun hat. Dort sind sie aber inzwischen auch eine etablierte, erfahrene und leistungsfähige politische Kraft. Aber insgesamt ist das Bild der

Grünen gespalten.

Was ist die andere Seite?

Es ist wirklich erstaunlich, dass die Grünen nach 40 Jahren Parteigeschichte immer noch nicht wirklich in der Fläche tief verankert sind. Schaut man aufs Land, dann stellt man fest, dass die Grünen nur in 60 Prozent der Gemeinden überhaupt angetreten sind. Wir haben in Hessen 421 Gemeinden, und nur in 255 Gemeinden sind die Grünen in den jeweiligen Gemeindeparlamenten präsent. Das heißt einerseits, dass sie noch viel Luft nach oben haben. Andererseits bedeutet es, dass es ihnen nicht gelungen ist, sich so zu verankern, wie man das eigentlich erwartet – trotz Regierungsbeteiligung in Hessen und trotz ihrer Rolle als Anwalt des zentralen Themas unserer Zeit, der Klimafrage. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man darüber spricht, ob die Grünen Volkspartei sind.

Sind sie denn aus Ihrer Sicht eine Volkspartei?

Da hängt davon ab, worauf man schaut. Von der Programmatik decken sie mittlerweile schon alle Felder ab. Von den Personen, die sie vertreten, ist das Spektrum nicht wirklich repräsentativ für die ganze Gesellschaft, also eher eng. Es gibt in Hessen auch nicht mehr die grünen Giganten, die in den ersten 20 Jahren das Feld bestimmt haben. Das ist vielleicht auch gut. Aber die Bilanz ist auch bitter: Es gibt keinen einzigen grünen Landrat in Hessen. Auch unter den 421 Oberbürgermeistern und Bürgermeistern gibt es lediglich drei Grüne. Aber 174 Parteilose, 117 Sozialdemokraten und 98 Christdemokraten. Da ist eine enorme Schiefelage zwischen der Fähigkeit der Grünen, große Strömungen zu beeinflussen, und ihrer geringen personellen Präsenz, wo die kleinen Dinge des Alltags geregelt werden. Also ich denke, sie sind gegenwärtig kulturell, also von der Sprache, vom Auftritt,

von den präferierten Themen noch zu eng aufgestellt.

Die SPD schwächelt bundesweit und verteidigt doch Platz zwei in Hessen. Was bedeutet das?

Die SPD ist in Hessen nach wie vor eine kommunal stark verankerte Partei. Man sieht das daran, dass sie in fast 100 Prozent aller Gemeinden aktiv ist wie sonst nur die Union. Sie repräsentiert die meisten Bürgermeister mit Parteibuch und die meisten Landräte. Die Schwäche, die sich nun zeigt, ist die Schwäche in den größeren Städten. Die SPD ist nur noch in Offenbach und Hanau die stärkste Partei.

Woran liegt ihre Schwäche?

Wie stark eine Partei in der Kommune ist, liegt meistens an Personen. Zweitens daran, dass sie die richtigen Themen setzt. Und schließlich daran, dass die Partei als Ganze positiv wahrgenommen wird. Die SPD hat in vielen Kommunen Probleme auf allen drei Ebenen. Außerdem gibt es eine enorme Fluktuation in den Städten, so dass der Rückgriff auf die Tradition nicht mehr zieht. Dazu kam in Frankfurt und Wiesbaden der AWO-Skandal, der sich auf das Wahlergebnis der Sozialdemokraten ausgewirkt hat.

Die AfD hat deutlich eingebüßt. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Die AfD hat etwa 30 Prozent weniger Wählerunterstützung erhalten als 2016. Damals hat sie in der Blüte der Flüchtlingskontroverse ihre starke Zustimmung erreicht. Ein vergleichbares Thema ist heute nicht da, im Gegenteil. Die AfD konnte die Corona-Krise nicht zu ihren Gunsten nutzen. Trotz dieses Rückgangs muss man sagen, dass sich die AfD konsolidiert und etabliert hat. Das Wahlergebnis spricht daher nicht für einen Niedergang dieser Partei. Es gibt vielmehr ein Potenzial, das sie in ihrem Sinne nutzen kann.

Kommunalwahlen sind die Chance

für die Kleinen. Die Freien Wähler, Volt, aber auch „Die Partei“ haben eine Reihe von Sitzen geholt. Werden sie Teil des Parteienspektrums?

Es ist eine wirkliche Stärke der kommunalen Parteiensysteme, dass sich dort viel schneller neue Parteien und Bewegungen gründen können und viel unmittelbarer die Interessen der Bürger artikulieren. Gleichzeitig ist der Sprung von einer neu gegründeten Kleinpartei oder einer örtlichen Bewegung zu einem etablierten Faktor sehr schwer. Wenn über

solche Gruppen Repräsentationslücken geschlossen werden, bestehen durchaus Chancen, um weiter zu kommen. In diesem Sinne sind die Kommunen ein Laboratorium für das Parteiensystem, dessen Übertragung auf die Bundes- oder Landesebene aber sehr schwierig ist.

Interview: Pitt von Bebenburg

ZUR PERSON

Wolfgang Schroeder hat den Lehrstuhl „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Uni

Kassel inne. Der Frankfurter promovierte in Gießen, habilitierte sich an der Goethe-Universität und lehrt seit 2006 in Kassel. Er ist außerdem Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Neben Stationen in der Wissenschaft arbeitete der 60-Jährige für die IG Metall und amtierte von 2009 bis 2014 als Sozial-Staatssekretär in Brandenburg. Schroeder gehört der Grundwertekommission der SPD an. pit/Bild: D.Ausserhofer

Abbildung:

Hier achtet sogar der Hund auf das Wahlverhalten. Nadine Weigel/dpa

Fotograf:

Nadine Weigel/dpa

Wörter:

905

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor: Anja Stehle, Berlin
Seite: 5 bis 5
Ressort: International
Rubrik: Zürich
Weblink: <http://www.nzz.ch/>

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 64.652 (verkauft) ¹ 91.624 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,242 (in Mio.) ²

¹ WEMF Auflagenbulletin 2020

² MACH Basic 2020-2

Mehr Klimaschutz, mehr Investitionen und ein «Sicherheitstempo»

Die deutschen Grünen legen ihren Entwurf für ein Wahlprogramm vor

Anja Stehle, Berlin

Auf die eigenen Inhalte setzen, bloss nicht zur Konkurrenz schielen – so wollen die beiden Grünen-Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck ihren Kurs verstanden wissen. Und so dauerte es am Freitag bei der Vorstellung ihres Entwurfs zum Wahlprogramm eine Weile, bis Habeck dann doch ein Satz zur Parteistrategie entglitt: «Der Klimaschutz muss umgesetzt werden, sonst sind wir überflüssig in der Regierung», sagte er.

Überflüssig jedoch wollen die Grünen auf keinen Fall sein, sie wollen Teil der nächsten Regierung sein. So lässt sich erklären, dass die Parteispitze den Klimaschutz zum Mittelpunkt des 136 Seiten umfassenden Wahlprogramms gemacht hat – und zwar nicht bloss, weil die Grünen die Grünen sind. Der Klimaschutz steht auch deshalb an erster Stelle, weil die Konkurrenz das Thema auch für sich entdeckt hat. Die Partei muss im Wahljahr deutlich machen, wer das Original ist.

Zudem haben Klimaaktivisten den Grünen zuletzt mehrfach vorgeworfen, den Umweltschutz zu zaghaft anzugehen. Allerdings gibt es da das alte Dilemma – will die Partei zu viel, werfen ihr Kritiker Realitätsferne vor. Vielleicht auch deshalb wirkt das Wahlprogramm wie eine Quadratur des Kreises – einerseits besticht die einladende, zugewandte Sprache, die man von den Parteichefs gewohnt ist; andererseits birgt der Inhalt des Programms mit Blick auf künftige Koalitionsverhandlungen reichlich Konfliktpotenzial.

«Vitaminspritze für das Land»

Ein Angebot für die Breite der Gesellschaft solle das sein, sagte die Parteichefin Baerbock zu dem Programm mit dem Titel «Deutschland. Alles ist drin».

Deutschland wirke saturiert, müde und wandlungsunlustig, ergänzte Habeck. Mit dem Wahlprogramm lege man eine Vitaminspritze für das Land vor. In grüner Logik ist das eine «sozial-ökologische Marktwirtschaft», also der Aufbau von Rahmenbedingungen für ein klimafreundlicheres Wirtschaften.

Beim Klimaschutz setzen sich die Grünen deutlich von dem ab, was die Regierungsparteien bisher umgesetzt haben. Statt die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, streben die Vorsitzenden ein Minus von 70 Prozent an. Mit Blick auf das Pariser Klimaschutzabkommen heisst es: «Es ist notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen». Der Kohleausstieg soll nicht erst im Jahr 2038, sondern schon 2030 vollzogen werden. Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Die Ökopartei will sich zudem bemühen, soziale Verwerfungen durch die Klimapolitik zu verringern, etwa indem die Einnahmen aus dem CO₂-Preis über ein einheitliches Energiegeld an die Bürger zurückfliessen. Den CO₂-Preis wiederum will die Partei deutlich erhöhen – von derzeit 25 Euro auf 60 Euro pro Tonne. Deutlich übten die Grünen Kritik am Zustand der Schulen, der Behörden und der Digitalisierung im Land. Die Partei will daher investieren: in schnelles Internet, Spitzenforschung, klimaneutrale Infrastrukturen, Ladesäulen, Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse. All das kostet Geld, laut Habeck rund 50 Milliarden Euro jährlich. Die Grünen hoffen daher auf Mehreinnahmen in Milliardenhöhe durch die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche.

Zur Finanzierung soll ausserdem der Spitzensteuersatz für hohe Einkommen

steigen. Ab einem Einkommen von 100 000 Euro für Alleinstehende und 200 000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab 250 000 beziehungsweise 500 000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person soll eine Vermögenssteuer von jährlich einem Prozent gelten. Um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, soll der Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöht werden.

Zudem will die Partei die Schuldenbremse lockern. Auch wenn Habeck für die Umsetzung dieser Forderung selbst Helge Braun, den CDU-Kanzleramtsminister, auf seiner Seite sieht, dürfte das schwer werden. Tatsächlich hat Braun vor einigen Wochen das Aufweichen der Schuldenbremse ins Spiel gebracht, auch um die Corona-Krise zu finanzieren. Doch die Mehrheit von CDU, CSU und FDP ist dagegen – für eine Änderung würde es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag brauchen.

Kritik von Fridays for Future

Das ist nicht das Einzige, was in Gesprächen über eine Regierungsbildung mit der Union zum Problem werden könnte. Auch das von den Grünen im Programm festgeschriebene Tempo – limit von 130 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen – die Grünen nennen es Sicherheitstempo – oder die Ablehnung des Ziels, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für Verteidigung auszugeben, sehen Unionspolitiker kritisch. Ähnlich ist es bei den nach Auffassung der Grünen «längst überfälligen» wissenschaftlichen Studien zu Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsorganen.

Der Politikwissenschaftler **Wolfgang**

Schroeder hält das Programm dennoch für ein «Machbarkeitsprogramm». Es sei sehr geschmeidig und flexibel angelegt, so dass es von der Grundrichtung in vielerlei Weise anschlussfähig sei, sagte er gegenüber der NZZ. Statt auf staatliche Verbote setze die Partei zunehmend auf marktwirtschaftliche Anreizsysteme. Ob die Partei tatsächlich dabei bleibt, wird sich im Juni zeigen. Dann verabschieden die Grünen das Programm auf dem Bundesparteitag. Bis dahin können noch Änderungsanträge eingereicht werden. Die Aktivisten von Fridays for Future – von denen mittlerweile einige Grünen-Mitglieder sind – haben jedenfalls schon deutlich gemacht, dass sie das Programm für unzureichend halten.

Wörter: 786

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © NZZ-Mediengruppe

Autor: Jan Pfaff
Seite: 14
Ressort: Politisches Buch
Seitentitel: politisches buch
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: <http://www.taz.de/!5756635/>

Jahrgang: 43
Nummer: 12494
Auflage: 45.453 (gedruckt) ¹ 50.284 (verkauft) ¹
 50.924 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,321 (in Mio.) ²

¹ IVW 4/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Die populistische Versuchung

Armin Schäfer und **Michael Zürn** wollen die entfremdete Demokratie von Technokratie und Klassismus befreien

Von **Jan Pfaff**

Die Demokratie wird in diesen Tagen aus verschiedenen Richtungen herausgefordert. Der Aufstieg Chinas hat die Idee geschreddert, wirtschaftlicher Erfolg sei zwingend an die Verbindung von Demokratie und freiem Markt geknüpft. China zeigt: Es geht auch anders. In einigen Ländern des Globalen Südens gilt das als attraktives Modell. Vor allem ist die Demokratie aber innerhalb demokratischer Staaten selbst unter Beschuss. Das Erstarken autoritärer Populisten, die reklamieren, ganz allein den Willen des Volkes zu vertreten, verweist auf eine Unzufriedenheit mit Meinungspluralismus und repräsentativem System. Wobei Populisten sich wiederum darauf konzentrieren, Debatten zu zerstören und demokratische Institutionen zu beschädigen. Die Bilder vom Sturm auf das Kapitol in Washington sind noch allzu präsent. Die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und **Michael Zürn** beginnen ihr Buch „Die demokratische Regression“ deshalb mit einem ernüchternden Befund. Mithilfe eines Indizes, der Kriterien wie Mitbestimmung, Grad der Repräsentation und Machtkontrolle berücksichtigt, zeigen sie, dass die gelebte Demokratie in einer ganzen Reihe Staaten in den vergangenen zehn Jahren deutlich geschwächt wurde, darunter auch in EU-Ländern wie Ungarn oder Polen. „War der Verfall der Demokratie lange Zeit etwas, das aus der Perspektive von Westeuropäerinnen nur in fernen Ländern stattfand, kommen die Einschlüge nun näher“, schreiben sie.

Was also tun? In der Debatte über autoritäre Populisten seien bisher die politischen Ursachen weitgehend übersehen

worden, argumentieren die Autoren. Bisher dominieren zwei Erkläruster: Die kulturelle Erklärung sieht die Unterstützung für Donald Trump, Viktor Orbán und Co als einen Backlash gegenüber gesellschaftlichen Liberalisierungsprozessen. Weil weiße heterosexuelle Männer ihre Privilegien gefährdet sehen, würden sie sich Politikern zuwenden, die eine Rückkehr zum Gesellschaftsbild der 1950er Jahre versprechen. Die ökonomische Erklärung hingegen betont die wachsende Ungleichheit in den OECD-Staaten. Die Verlierer der Globalisierung seien besonders anfällig für Populismus. Beide Erklärungen blendeten die politische Sphäre weitgehend aus, kritisieren Schäfer und **Zürn**. Wie eine Gesellschaft auf die Veränderungen durch Globalisierung und Modernisierung reagiere, sei ja nicht von vornherein festgelegt, sondern immer Teil eines politischen Aushandlungsprozesses. Gerade bei diesem erkennen die beiden aber Mängel: „Wer Populismus erklären möchte, darf die Augen vor den Schwächen der Demokratie nicht verschließen.“

Armin Schäfer ist Professor für Politikwissenschaft in Münster, **Michael Zürn** leitet die Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Für ihre Argumentation nutzen sie zahlreiche politikwissenschaftliche Studien und Datensätze, dabei wechseln sie immer wieder gekonnt zwischen detaillierter Betrachtung und großer Erzählung.

Zwei Hauptpunkte arbeiten sie für die Entfremdung von der Demokratie heraus. Zum einen bildet die Zusammensetzung der Parlamente nicht jene der

Bevölkerung ab. Und das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten noch verschärft. Im Bundestag sitzen heute fast nur Akademiker, andere Arbeitsbiografien, auch Migrationserfahrungen kommen kaum vor. Nun kann man sagen: Ein Jurist kann auch für einen Bäckermeister Politik machen, wo ist das Problem? Schäfer und Zürn zeigen aber, dass dieses Ungleichgewicht konkrete Folgen hat. Der Befund ist eindeutig: Eine bestimmte Politik setzt der Bundestag eher um, wenn sie von Gruppen mit höherem sozialen Status und Bildungsniveau befürwortet wird.

Der andere Kritikpunkt ist die Tendenz, politische Streitfragen aus Parlamenten weg zu Institutionen zu schieben, die nicht dem Mehrheitsprinzip unterliegen – Institutionen wie Verfassungsgerichte, Zentralbanken und internationale Organisationen. Vor allem auf EU-Ebene werden viele Entscheidungen in solchen Gremien getroffen. Dies führt zu Legitimationsproblemen, weil jene, die hier entscheiden, nicht unter demselben Rechtfertigungsdruck stehen wie Parlamentarier, die sich vor ihren Wählern verantworten müssen. Die Folge sind schlecht erklärte Entscheidungen und der Eindruck vieler Bürger, durch Wahlen gar keinen Einfluss nehmen zu können.

Schäfer und **Zürn** schlagen ein Bündel an Maßnahmen vor, um dieser Entfremdung zu begegnen. So müssten Parteien ihre Rekrutierungsmuster ändern, was zu diverseren Parlamenten führen könnte. Zudem sollten internationale Organisationen soweit wie möglich demokratisiert werden – müssten sich also durch Wahlen legitimieren. Und es gelte, der „technokratischen Versu-